

Eine grüne Zukunft für Europa

Annahme nach Abänderung durch den
Kongress der Europäischen Grünen Partei
(Genf, 14. Oktober 2006)

Inhaltsverzeichnis

<i>Unsere europäische Perspektive</i>	2
1. <i>DIE LAGE DER EU</i>	2
2. <i>UNSERE GRÜNE POLITISCHE VISION FÜR EUROPAS ZUKUNFT</i>	4
Ein Friedensprojekt	4
Eine nachhaltige Zukunft	5
Stärkung unseres Europäischen Sozialmodells	5
VerbraucherInnenrechte und Gesundheitsschutz	5
Eine grüne Vision für Europas Wirtschaft	6
Ein Global Player für eine gerechtere Globalisierung	6
Demokratie und Diversität, Migration und Rechtsstaatlichkeit	6
3. <i>EINE DEMOKRATISCHE ARCHITEKTUR FÜR EINE LEISTUNGSFÄHIGE EU</i>	7
Europäisches Parlament	7
Nationale Parlamente	8
Subsidiarität	8
Politische Parteien	8
Gerichtshof	8
Direkte Partizipation der BürgerInnen	9
4. <i>DIE ZUKÜNFTIGE ERWEITERUNG DER EU</i>	9
5. <i>(WIE) WERDEN WIR EINEN EUROPÄISCHEN VERFASSUNGSVERTRAG BEKOMMEN?</i>	10
6. <i>EUROPA GRÜNER GESTALTEN</i>	11
Europa als Friedensprojekt	11
Eine nachhaltige Zukunft schaffen	13
Stärkung des Europäischen Sozialmodells	14
VerbraucherInnenrechte und Gesundheitsschutz	16
Eine grüne Vision für Europas Wirtschaft	17
Europa als Akteur für eine gerechtere Globalisierung	19
Demokratie, Diversität und Rechtsstaatlichkeit	20
Migration	21
Justiz	22
<i>FAZIT</i>	23

Unsere europäische Perspektive

Für die Grünen bedeutete – geographisch als auch politisch – Europa seit jeher mehr als die Europäische Union. Seit dem Beginn der Koordination der Grünen Parteien auf europäischer Ebene 1983 zählten stets Grüne Parteien von innerhalb und außerhalb der Europäischen Union zu unseren Mitgliedern - derzeit umfasst unsere Europäische Grüne Partei 35 Parteien aus 31 Ländern. Insbesondere in Zeiten der Globalisierung beginnen und enden Umwelt- und Sozialprobleme nicht an den Grenzen der EU-Mitgliedstaaten. Für uns Grüne ist es undenkbar, eine Mauer zu errichten und die Augen vor dem zu verschließen, was anderswo geschieht. Wir Grünen sehen die EU als ein Friedensprojekt und teilen die Auffassung, dass die Erweiterung einer der besten Wege ist, um dieses Projekt Realität werden zu lassen.

Der zunehmende Mangel an sozialer Gerechtigkeit, insbesondere hinsichtlich Arbeitsplätzen und Zukunftsperspektiven für junge Menschen, die Beschränkungen der Menschen- und BürgerInnenrechte in Zeiten des Terrorismus, der wachsende Einfluss der organisierten Kriminalität, die nukleare Gegenbewegung und die zunehmende Geringschätzung ökologischer Kriterien und natürlich der Stillstand auf der Ebene der EU-Institutionen sowie weitere Themen sind für die Grünen in ganz Europa - innerhalb wie außerhalb der EU – Anlass zu äußerster Besorgnis.

Die Europäische Union hatte und hat für die Grünen ein Hauptziel: Nach Jahrhunderten des Krieges und der Konflikte einen dauerhaften Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Völkern dieses Kontinents zu schaffen, und nach Jahrhunderten der Kolonialisierung einen positiven Einfluss auf die globale Politik auszuüben. Insbesondere der zweite Punkt wurde bislang nicht so umgesetzt, wie die Grünen es im Ergebnis gern sähen. Daher liegt der Schwerpunkt dieses Dokuments auf den Problemen und den dringenden Fragen, die die Grünen auf Unionsebene erkennen, denn der Zustand und die Politik der Europäischen Union haben einen entscheidenden Einfluss nicht nur auf das, was innerhalb der Europäischen Union geschieht, sondern auch auf die Entwicklung in anderen Teilen Europas und auf anderen Kontinenten.

1. DIE LAGE DER EU

Die Europäische Union ist eine historische Erfolgsstory. Nie zuvor in der Geschichte Europas konnten so viele Länder über einen so langen Zeitraum in Frieden leben. In vielerlei Hinsicht hat die EU eine positive Rolle für die politische und wirtschaftliche, die soziale und die Umweltentwicklung in Europa gespielt. Die EU hat zur Wiedervereinigung Europas beigetragen. Sie ist seither ein positiver Akteur bei der Förderung friedlicher Lösungen in laufenden internationalen Konflikten. Durch den Aufbau einer umfassenden Umweltpolitik wurde die EU international zu einem Vorreiter für den Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft, auch wenn weiterhin viel zu tun bleibt. Das Projekt der EU-Erweiterung hat zur demokratischen Stabilisierung der Region Europa geführt. Bei der Förderung der Menschen- und der Minderheitenrechte, der Anti-Diskriminierung und den geschlechtsspezifischen Politiken hat die EU einen progressiven Weg gewählt. Die Zugehörigkeit zur EU hat zu einer Rückführung wirtschaftlicher Ungleichgewichte unter den verschiedenen europäischen Ländern geführt, ohne dabei jedoch eine Antwort auf das Thema der Ungleichheiten innerhalb der Grenzen Europas zu geben.

Indes befindet sich die EU derzeit als Projekt von Menschen und Staaten in einer politischen Krise. Dies hat der Ausgang der Referenden in den Niederlanden und Frankreich deutlich gemacht. Derzeit wird die Diskussion über die EU von zwei Perspektiven beherrscht, die einander nicht unbedingt antithetisch gegenüberstehen: Auf der einen Seite gibt es eine starke Skepsis gegenüber der EU, ihrem Mangel an demokratischer Transparenz, ihrer Bürokratie und gegenüber dem, was als die

Dominanz neoliberaler Wirtschaftspolitiken in der EU wahrgenommen wird. Diese trifft auf eine unter vielen Menschen verbreitete Angst, die Kontrolle über ihr eigenes Leben zu verlieren. Auf der anderen Seite hoffen die Menschen, dass die EU das „Europäische Sozialmodell“ mit seinen hohen Sozial-, Umwelt-, VerbraucherInnen- und anderen Standards bewahrt und sie vor den negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung schützt. Vom ersten Standpunkt aus ist die EU zu weit gegangen, vom zweiten Standpunkt aus hat sie nicht genug getan. Beiden Standpunkten ist jedoch die Ansicht gemein, dass die EU nicht die erwarteten Leistungen und Vorteile erbringt.

Neben dem Stillstand beim Verfassungsprozess zeigte die jüngste Kürzung des EU-Gesamtbudgets, die die Mitgliedstaaten im Rahmen der Haushaltsplanung 2007-2013 aufgebürdet haben, wie ernst diese Krise ist. Die EU steht vor strukturellen Problemen und Unzulänglichkeiten, die es zu lösen gilt. Sie wird in einem Kontext zunehmender Unterstützung für konservative und sogar nationalistische Ideologien in verschiedenen Mitgliedstaaten ihre Rolle neu definieren müssen.

Die EU zahlt derzeit einen hohen Preis für Jahre der politischen Mutlosigkeit und des Mangels an Visionen auf der politischen Führungsebene in den Mitgliedstaaten. Der Aufbau des Entscheidungsfindungsprozesses und die Machtverteilung über die verschiedenen Ebenen der Entscheidungsfindung sind für eine EU mit 25 Mitgliedstaaten problematisch. Nationale Regierungen können wichtige Entscheidungen weiterhin blockieren, die einen Fortschritt im Integrationsprozess bedeuten würden und einen Vorstoß für die Umwelt, die Gesellschaft und das Leben der BürgerInnen. Die Entscheidung für die Erweiterung wurde nur unzureichend flankiert durch eine Stärkung der Zivilgesellschaft, der demokratischen Verfahren und Institutionen. Die Verträge von Amsterdam und Nizza haben große Gelegenheiten vergeben, die Funktionsweise der EU zu optimieren.

Die EU weist auf verschiedenen Ebenen ein Demokratiedefizit auf. In mehreren Ländern nutzen LandespolitikerInnen die EU als Sündenbock für ihre eigenen Entscheidungen und Politiken. Wichtige Aspekte und Bereiche der europäischen Entscheidungsfindung unterliegen auf nationaler oder europäischer Ebene nicht der demokratischen Kontrolle und bleiben fest in der Hand der Regierungen und Verwaltungen der Mitgliedstaaten. Die Aufteilung der Kompetenzen auf verschiedene Ebene hat dazu beigetragen, dass die EU in einigen Bereichen zu viel zu bewirken versucht und in anderen zu wenig bewirken kann. Der Ausgang der Referenden hat gezeigt, dass weite Bereiche der europäischen Bevölkerung sich in den im Namen der EU verfolgten Politiken nicht wiedererkennen. In den Augen zahlreicher europäischer BürgerInnen hat die EU genauso wie viele nationale Regierungen den Wettbewerb gegenüber der Zusammenarbeit bevorzugt, was zu einer Entfremdung von den positiven Elementen des europäischen Integrationsprozesses geführt hat. Zu viele europäische BürgerInnen haben den Eindruck, dass sie selbst das Geschehen in der EU nicht beeinflussen können, während starken Wirtschaftslobbys ein direkter Zugang zum Entscheidungsfindungsprozess möglich ist.

In ihrer Struktur und ihrem Handeln hat die EU in ein von Wettbewerb und Markt geführtes Entwicklungsmodell investiert und es der Förderung eines europäischen Solidaritätsmodells gegenüber bevorzugt. Der Kontrast zwischen den „harten Gesetzen“ der monetären Regeln auf der einen Seite und den „weichen Gesetzen“ der offenen Koordinierungsmethode bei der Sozialpolitik auf der anderen Seite ist unhaltbar. Wenn das europäische Projekt die BürgerInnen überzeugen soll, muss dieser Stillstand aufgelöst werden.

Die von einer wachsenden Gruppe von PolitikerInnen in der Erweiterungsdebatte verwendeten Argumente geben Anlass zu Besorgnis. Man kann nicht eine umfangreiche Erweiterung wollen, ohne gleichzeitig die erforderlichen Gelder zu investieren. Solidarität aufzuschieben oder zu vermeiden ist eine gefährliche Strategie, die kurzfristig (national-) politische Vorteile bringen kann, aber längerfristig – bspw. bei Sicherheitsthemen – bezahlt man einen hohen politischen Preis dafür. Ebenso wichtig ist es, dass die EU sich genauer die GewinnerInnen und die VerliererInnen der aktuellen Politiken (z. B.

der gemeinschaftlichen Agrarpolitik) anschaut und die Verfahren und Regeln ändert, die zu einer Verzerrung der Solidaritätsmechanismen zwischen den EU-Mitgliedern führen.

Die Krise des europäischen Projekts kann in weitem Maße auch mit grundlegenden Problemen der Globalisierung zu tun haben. Die Organisation des Globalisierungsprozesses hat tief verwurzelte Ängste unter den BürgerInnen aufkommen lassen. Soziale „Gewissheiten“ nehmen ebenso ab wie das Vertrauen, das die BürgerInnen in ihre Institutionen hatten. Der vorwiegend wirtschaftliche Globalisierungsprozess erfordert eine schärfere Reaktion der Politik. Die europäischen PolitikerInnen scheinen nicht in der Lage zu sein, die BürgerInnen vom Mehrwert der EU in diesem Bereich zu überzeugen. In den Augen vieler erscheint die EU als Motor eines negativen Globalisierungsprozesses, und weniger als Antwort auf die von den BürgerInnen wahrgenommenen zahlreichen Probleme darzustellen. Dies wurde in der Diskussion bspw. über die neoliberale „Bolkenstein Dienstleistungsrichtlinie“ deutlich, über die Richtlinien zu Hafendienstleistungen und Arbeitszeiten und über den von der Kommission ausgeübten Druck zu Gunsten einer Öffnung des Marktes für genetisch veränderte Organismen.

Aber im Wesentlichen lassen sich die Auswirkungen eines nicht nachhaltigen Lebensstils nicht länger ignorieren oder auf die andere Seite der Welt oder zu den zukünftigen Generationen „exportieren“. Bis vor Kurzem haben die reichen Länder (West-) Europas erfolgreich die negativen Nebenprodukte der Globalisierung außen vor gelassen. Dies gilt jetzt nicht mehr. Nur eine Entscheidung für ökologische Gerechtigkeit, was für diese europäischen Länder eine drastische Reduzierung ihres ökologischen Fußabdrucks als Bedingung für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung anderer Teile der Welt bedeutet, kann die Tür zu einer sichereren und gerechteren Zukunft öffnen.

2. UNSERE GRÜNE POLITISCHE VISION FÜR EUROPAS ZUKUNFT

Wir benötigen zweifelsohne eine politisch und wirtschaftlich gut integrierte EU als unentbehrlichen Spieler in entscheidenden Politikbereichen und für wichtige Ziele der Grünen. Diese Bereiche sollen klar definiert sein. Zudem wollen wir sicherstellen, dass effiziente, transparente und demokratische Strukturen für die Entscheidungsfindung existieren, mit denen diese Ziele erreicht werden. Daneben gibt es auch Bereiche, in denen die Entscheidungsfindung im Idealfall auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene stattfindet.

Für uns Grüne ist die EU ein Friedensprojekt und ein internationaler Akteur für Frieden und Menschenrechte. Die EU muss Stellung beziehen zu Gunsten einer nachhaltigen Zukunft. Die EU sollte unser europäisches Sozialmodell schützen sowie die VerbraucherInnenrechte und den Schutz der Gesundheit verbessern. Das wirtschaftliche Streben der EU sollte von einer grünen Wirtschaftsvision geleitet sein, ausgehend von einer Neudefinition der Marktwirtschaft auf der Grundlage ökologischer und sozialer Prinzipien. Die EU muss ihre wirtschaftlichen Ziele neu definieren, um den Schutz der Umwelt und der Gemeingüter der Menschen gegenüber privaten Interessen vorrangig zu behandeln. Sie sollte zu einem Global Player einer gerechten Globalisierung werden und muss für Demokratie, Diversität, Gleichheit auf allen Ebenen und Rechtsstaatlichkeit stehen.

Ein Friedensprojekt

Frieden ist in der EU „normal“ geworden, was einen historischen Erfolg darstellt. Die jüngste Erweiterung und die europäische Wiedervereinigung unterstreichen die Rolle der EU als Garant für den Frieden. Die EU muss ferner eine Nachbarschaftspolitik erarbeiten, um ihren Verpflichtungen

nachzukommen, mit allen nicht in die EU eintretenden Nachbarn eine solide Grundlage für eine gemeinsame Sicherheit aufzubauen.

Solidarität, die sich in stärkeren und effizienteren demokratischen Institutionen ausdrückt, ist von grundlegender Bedeutung für Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit für die gegenwärtige und die zukünftigen Generationen. Die internationale Gemeinschaft erwartet zudem, dass Europa bei Frieden und Menschenrechten eine globale Rolle übernimmt. Eine einpolige Welt mit einem Land als „Sheriff“ ist keine sichere Welt, genauso wenig wie eine Welt mit multipolaren Konflikten. Die europäischen Länder müssen zusammenfinden, um auf der Grundlage von Multilateralismus Erfolge zu erzielen, wobei der Schwerpunkt auf Prävention, Abrüstung und nichtmilitärischer Konfliktlösung liegt.

Eine nachhaltige Zukunft

Wenn auch noch lange nicht alles perfekt ist, so ist die Einführung von relativ hohen Umweltstandards in der EU jedoch eine ihrer Erfolgsstories. Die EU sollte der Ort sein, an dem eine nachhaltige und gerechte Zukunft Gestalt annimmt. Es ist an der EU, bei Themen wie Umwelt, Energie, Transport, Landwirtschaft, VerbraucherInnen und Wissenschaft systematisch grüne Entscheidungen zu treffen. Umweltpolitik ist auch eine wirtschaftliche Innovationspolitik und schafft Arbeitsplätze und Marktchancen. Investitionen in die ökologische Nachhaltigkeit sind Investitionen in Gerechtigkeit und Sicherheit. Daher benötigen wir ehrgeizige Politikziele und Instrumente, um den Klimawandel zu begrenzen, ein nachhaltiges Transportwesen zu schaffen, die Biodiversität zu bewahren und zu stärken, unter Berücksichtigung der grünen Globalperspektive eine nachhaltige Landwirtschaft zu entwickeln und um eine Forschungspolitik zu unterstützen, die auf eine nachhaltigere Entwicklung abzielt.

Stärkung unseres Europäischen Sozialmodells

Die große Mehrheit der EuropäerInnen unterstützt die europäische Sozialtradition, die Werte wie soziale Gerechtigkeit, öffentliche Dienste, Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, Arbeitnehmer- und VerbraucherInnenrechte sowie Umwelt- und Gesundheitsschutz hoch hält. Diese Tradition in einer zunehmend vom Wettbewerb geprägten Welt zu pflegen ist fortan auf nationaler Ebene allein nicht mehr möglich. Um sie zu bewahren und zu einem gemeinsamen europäischen Sozialmodell weiter zu entwickeln, müssen wir aus den Erfahrungen der einzelnen Länder lernen.

Die Stärke der EU wird dabei erforderlich sein, um das Erfordernis nach mehr Innovation, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit mit den Werten des europäischen Sozialmodells zum Ausgleich zu bringen. Weder wollen wir Europa vom Rest der Welt isolieren, noch wollen wir einen Lebensstil weiter verfolgen und exportieren, der unserem Planeten so immensen Schaden zufügt. Die ökologischen Herausforderungen anzunehmen ist daher nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit innerhalb unserer eigenen Gesellschaften, sondern ebenso weltweit.

VerbraucherInnenrechte und Gesundheitsschutz

Ob es um Vogelgrippe oder Dioxin geht, in Krisenzeiten erwarten die VerbraucherInnen von der EU, dass sie beim Schutz ihrer Rechte und ihrer Existenz mitwirkt. Genauso wichtig ist es, die VerbraucherInnenrechte in einem offenen Markt zu garantieren, z. B. wenn VerbraucherInnen sichere Nahrung ohne genetisch veränderte Organismen wünschen. Die EU ist ein unentbehrliches Werkzeug für den Verbraucher- und Gesundheitsschutz – eine Rolle, die die Mitgliedstaaten allein nicht länger wirksam übernehmen können. Das Vorsorgeprinzip muss durchgehend in der gesamten

Nahrungskette angewendet werden und hinsichtlich der GVOs sind klare Regeln zur Haftung einzuführen. Eine wahrhaft europäische Politik zu all den genannten Themen erfordert eine willensstarke Exekutivgewalt, die sich dem Druck auf internationale Körperschaften und Regierungen erforderlichenfalls widersetzt und mit den Entwicklungsländern kooperiert, um die Regeln in internationalen Organisationen zu ändern.

Eine grüne Vision für Europas Wirtschaft

Wettbewerbsfähigkeit sollte gemäß Prinzipien von allgemeinem Interesse definiert werden, insbesondere Umweltschutz und sozialem Zusammenhalt. Für die Grünen kommen gemeinsamer Fortschritt bei der Verfolgung des allgemeinen Interesses und insbesondere Umweltschutz und sozialer Zusammenhalt vor Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit.

Ein wesentlicher grüner Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik ist die Strategie zur Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, insbesondere der Abhängigkeit vom Öl, sowie zur Sicherung eines kernenergiefreien Energiesystems. Wir verfolgen einen Innovationspfad, der Energieeffizienz, Energieeinsparung und die Entwicklung erneuerbarer Energien miteinander verbindet. Für die Grünen ist der Ausstieg aus der zivilen und militärischen Nutzung der Kernenergie von höchster Priorität. Um das Problem der Energieversorgung zu lösen, müssen wir unseren Lebensstil und unsere Konsummuster verändern. In diesem Politikbereich muss die EU eine aktivere Rolle spielen. Mit dem Gemeinsamen Markt und dem Euro als gemeinsamer Währung einer Mehrheit der Mitgliedstaaten wird eine intensivere europäische Zusammenarbeit bei der Wirtschaftspolitik unausweichlich, ohne die sich weder ökologische Nachhaltigkeit noch sozialer Zusammenhalt erreichen lassen. Den schädlichen Steuerwettbewerb zu beenden ist Teil dieser Aufgabe.

Ein Global Player für eine gerechtere Globalisierung

Wir benötigen die EU als einen starken Global Player, um eine auf Solidarität basierende und ökologisch nachhaltige Globalisierung zu fördern. Die Grünen stehen für fairen Handel. Wir unterstützen die Einführung einer Art Tobin-Steuer auf europäischer Ebene. Wir wollen, dass die EU mit den Entwicklungsländern und den aufstrebenden Mächten unter Beteiligung der Zivilgesellschaften und zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung kooperiert. Die Globalisierung der Kapitalflüsse erfordert im Gleichzug eine Globalisierung demokratischer Politik, was eine stärkere Rolle der UN, internationale Rechtsstaatlichkeit und die Unterstützung der internationalen Gerechtigkeit impliziert.

Demokratie und Diversität, Migration und Rechtsstaatlichkeit

Es steht völlig außer Frage, dass die Europäische Union bei demokratischen Verfahren noch einige Fortschritte machen muss. Trotzdem spielte und spielt die EU eine wichtige Rolle beim Schutz und der Einforderung demokratischer Verfahren und Institutionen in ihren Mitgliedstaaten, als auch beim Empowerment von Frauen. Dieser positive Effekt ist sowohl in den alten, als auch in den neuen Mitgliedstaaten festzustellen. Der Europäische Gerichtshof, die Grundrechtscharta, der Europäische Ombudsmann und das Beschwerdeverfahren sind wichtige Instrumente, mit denen BürgerInnen ihre Rechte schützen können. Historische, kulturelle, ethnische und sprachliche Minderheiten sind von den EU-Mitgliedstaaten anzuerkennen. Die EU muss ferner die Mitgliedstaaten im Kampf für Menschenrechte koordinieren, insbesondere beim Kampf gegen Rassismus, Homophobie, Fremdenfeindlichkeit, Altersdiskriminierung, Anti-Islamismus und Antisemitismus, aber auch bei der Sicherung humanitärer Standards für Flüchtlinge, den Regelungen für die Integration von Immigranten

und der Rechtsstaatlichkeit im Kampf gegen internationalen Terrorismus und organisierte Kriminalität. Besondere Aufmerksamkeit ist hierbei den Rom zu widmen, die de facto oder de jure in verschiedenen Teilen Europas diskriminiert werden.

3. EINE DEMOKRATISCHE ARCHITEKTUR FÜR EINE LEISTUNGSFÄHIGE EU

Europa muss Demokratie in einem supranationalen Kontext neu definieren, da die Union selbst eine einzigartige, an der Souveränität teilhabende Einheit ist, die Elemente einer internationalen Organisation und eines integrierten Systems miteinander verbindet. Sie übt direkt jene Macht aus, die ihr übertragen wurde, aber sie ist bislang nicht von den BürgerInnen als vollständig legitimierte Demokratie anerkannt. Der Europäische Verfassungsvertrag konnte nur eine teilweise Antwort auf das Demokratiedefizit der Union geben und wir müssen weiterhin nach der Schaffung eines stabilen verfassungsmäßigen Rahmens für die EU streben.

Das gemeinsame Ziel der Verfassungen aller Mitgliedstaaten ist es, die Ausübung von Macht mit garantierten Grund- und BürgerInnenrechten zu verbinden, mit demokratischer Legitimität, mit der Gewaltenteilung zwischen legislativen, exekutiven und judikativen Bereichen der Regierung, mit der Trennung von Staat und Religion, mit der öffentlichen Natur der Gesetzgebung, mit rechtlicher Kontrolle aller Handlungen durch Parlament und Regierung, und mit der Bewahrung der Rechtsstaatlichkeit. All diese Grundprinzipien einer demokratischen Ordnung sollten auch auf EU-Ebene wiederzufinden sein. Sie lassen sich jedoch nicht durch ein System der Entscheidungsfindung einführen, das auf der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen fußt.

Wir benötigen einen ehrgeizigen und kohärenten Verfassungsvertrag. Neben der Grundrechtscharta richten wir Grünen den Fokus auf starke parlamentarische Rechte, auf Subsidiarität, auf rechtliche Garantien, auf die Initiative der BürgerInnen und europäischen Referenden als Kernelemente der neuen konstitutionellen Ordnung, für die wir uns einsetzen. Wir Grünen betonen erneut unser Engagement für eine gestärkte parlamentarische Demokratie, für Transparenz und Rechtsstaatlichkeit, für verankerte Grundrechte sowie für BürgerInneninitiativen und Europäische Referenden als Kernelemente der zukünftigen konstitutionellen Ordnung.

Europäisches Parlament

Alle Rechtsakte der EU sollten, wie es ursprünglich im Vertrag vorgesehen war, öffentlich durch das Europäische Parlament und den Gesetzgebungsrat verabschiedet werden. Bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollte das EP die Befugnis besitzen, verbindliche Richtlinien festzusetzen und über den zugewiesenen Haushalt mitzubestimmen. Die Rolle des Europäischen Parlaments ist während der Verhandlung und der Annahme von internationalen Verträgen zu stärken. Als ein Zweig der Gesetzgebung soll das Europäische Parlament zusammen mit der Kommission das Initiativrecht bei der europäischen Gesetzgebung besitzen. Um auszuschließen, dass einzelne Mitgliedstaaten dauerhaft die Union über ein Veto blockieren, soll der Gesetzgebungsrat in allen Fragen der allgemeinen Gesetzgebung mit einer qualifizierten Mehrheit entscheiden.

Das EP und der Gesetzgebungsrat besitzen ein gleichwertiges Recht zur Kontrolle der Ausübung von Ausführungsbefugnissen der Kommission. Das Kommissionsmandat soll mit der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments verbunden werden. Der Kommissionspräsident sollte vom Europäischen Parlament gewählt und vom Europäischen Rat angenommen werden. Die Kommission einschließlich des Außenministers und jedes ihrer einzelnen Mitglieder sind dem Europäischen Parlament

gegenüber verantwortlich. Der/die KommissionspräsidentIn soll eine generelle und uneingeschränkte Handlungsvollmacht gegenüber seinen/ihren KollegInnen besitzen.

Nationale Parlamente

Die nationalen Parlamente haben eine starke und aktive Rolle im politischen Leben der EU zu spielen. Ihre erfolgreiche Beteiligung im gesamten EU-Gesetzgebungsprozess ist der Schlüssel zu einer gesteigerten Transparenz und breiteren öffentlichen Akzeptanz durch die BürgerInnen. Eine erfolgreiche Partizipation darf nicht auf die politische Kontrolle der Tätigkeit ihrer Regierungen in der europäischen Arena beschränkt bleiben, denn sie sollten vielmehr eine aktive Funktion bei der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips übernehmen. Ihre europäische Rolle sollte mit frühzeitiger Analyse und Formulierung von Meinungen beginnen und – im Falle von Richtlinien – mit einer detaillierten und zeitlich gut abgestimmten Umsetzung in nationales Recht enden. Zudem müssen sie an konstituierenden Versammlungen teilnehmen, die Abänderungsanträge für jegliche bedeutendere Überarbeitung der Verfassung entwerfen.

Subsidiarität

Demokratie manifestiert sich innerhalb der EU auf verschiedenen Ebenen: Städte und Gemeinden, Regionen, Mitgliedstaaten und der gemeinsamen Union. Subsidiarität ist ein grundlegender Wert der Europäischen Union. Jedoch warnen die Europäischen Grünen vor dem derzeitigen Trend, das Konzept der Subsidiarität mit dem Konzept einer allgemeinen Re-Nationalisierung gleichzusetzen. Die EU-Gesetzgebung muss mit dem Prinzip der Subsidiarität vollständig kohärent sein. Wegen seines besonderen Charakters soll der Gesetzgebungsrat – als Staatengremium – eine besondere politische Verantwortung für die Bewahrung der Subsidiarität übernehmen. Der Gerichtshof ist zuständig für Urteile im Falle von Berufungen, die die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips anfechten, oder von Zuständigkeitskonflikten zwischen EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und von den Mitgliedstaaten verfassungsrechtlich anerkannten Regionen.

Politische Parteien

Die europäischen Parteien müssen beim Voranbringen der politischen Integration Europas eine bedeutende Rolle spielen. Wir Grünen sprechen uns für transnationale Listen aus. 10% der Sitze im Europaparlament sollten für paneuropäische Listen vorgesehen werden. Folglich könnte jede/r BürgerIn bei den Europawahlen zwei Stimmen abgeben, eine für die Landespartei und eine für die europäische Partei. Die europäischen Parteien können beschließen, den Spitzenkandidaten auf ihrer Liste für das Präsidentenamt der Kommission zu nominieren, was den Europawahlen mehr Gewicht verleihe.

Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof sollte gleichzeitig das Verfassungsgericht der Union sein. Die allgemeine Anwendung der Unionsgesetzgebung sollte ihrer Rechtsprechung unterliegen, einschließlich der Menschenrechte. Es sollten erheblich bessere Möglichkeiten zur Anrufung des Gerichtshofes geschaffen werden, um auch die BürgerInnen einzuschließen, deren Rechte verletzt werden, sowie Kollektivklagen von Umwelt- und Sozial-NROs. Alles Handeln im Rahmen der Verträge sollte seiner

Rechtsprechung unterliegen. Alle Mitglieder des Europäischen Gerichtshofes müssen nach Anhörungen vom EP bestätigt werden.

Direkte Partizipation der BürgerInnen

Die Beteiligung der Europäischen BürgerInnen am Entscheidungsfindungsprozess soll durch die Aufnahme eines Rechts auf BürgerInneninitiative und ein europäisches Referendum garantiert werden. Ein Gesetzesentwurf mit mindestens einer Million in mehreren Mitgliedstaaten gesammelten Unterschriften kann der Kommission übermittelt werden, damit sie eine Gesetzesinitiative formuliert, sofern diese mit der Konstitution und insbesondere mit der Grundrechtscharta vereinbar ist. Diese BürgerInneninitiative beschädigt nicht das Initiativrecht des Europäischen Parlaments und der Kommission, aber es verpflichtet beide Institutionen zum Handeln oder - sollten sie mit qualifizierter Mehrheit beschließen, dem Inhalt der Petition nicht zu folgen - ohne unangemessene Verzögerung öffentlich die Gründe für diese Entscheidung darzulegen.

4. DIE ZUKÜNFTIGE ERWEITERUNG DER EU

Die Erweiterung der EU von den anfänglichen 6 zu den heutigen 25 Mitgliedern war ein Erfolg – ohne eine Lösung der derzeitigen Verfassungskrise der EU wird es jedoch keine zukünftige Erweiterung über Bulgarien und Rumänien hinaus geben, und sei es auch nur wegen der rechtlichen Hindernisse, die der Vertrag von Nizza aufgeworfen hat.

Die EU hat zu Recht ihr Engagement für Kroatien und die Türkei beibehalten. Wir begrüßen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit diesen beiden Ländern. Wir haben stets klar zum Ausdruck gebracht, in welchen Bereichen wir Unzulänglichkeiten bei den Reformen in diesen Ländern sahen und wir werden zweifellos weiterhin verlässliche, aber kritische FürsprecherInnen dieser beiden Länder sein. Der Prozess der Beitrittsverhandlungen hat wegen seines besonderen Wesens einen offenen Ausgang, aber das Ziel ist die Mitgliedschaft. Wie bereits in der Vergangenheit würden wir einen Beitrittswunsch der Schweiz, Norwegens und Islands begrüßen.

Die europäische Perspektive für den westlichen Balkan muss aufrecht erhalten werden: Stabilisierung und Frieden auf dem Balkan muss in den kommenden Jahren für die EU weiterhin eine Hauptpriorität darstellen. Daher wünschen wir von der EU eine gemeinsame Strategie für diese Region. Der Umfang der regionalen Zusammenarbeit zwischen den Ländern des westlichen Balkans ist ein wichtiger Indikator dafür, wie weit diese Länder bereits auf einen EU-Beitritt vorbereitet sind, aber am Ende ist jedes Land auf der Grundlage seiner Bemühungen zu bewerten und sein Beitritt entsprechend eines individuellen Zeitplans zu verhandeln.

Heute liegt die mögliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine oder sogar anderen osteuropäischen Ländern jenseits des historischen Horizonts. Es bleibt abzuwarten, ob sich dies in den kommenden 25 Jahren ändern wird. Es gibt eine europäische Perspektive für die Ukraine, Weißrussland und Moldawien. Die zeitlichen Perspektiven sind jedoch für diese Länder im langfristigen Bereich zu sehen und zudem abhängig von einem substanziellen Fortschritt der institutionellen Reformen der EU. In der Zwischenzeit sollte die EU nicht zögern, die Zusammenarbeit mit diesen Ländern zu stärken. Für die Grünen sind die 1993 in Kopenhagen definierten Kriterien die wesentlichen Richtgrößen für den Grad der Vorbereitung eines jeglichen Kandidaten auf den EU-Beitritt. Diese Kriterien sind nicht verhandelbar.

5. (WIE) WERDEN WIR EINEN EUROPÄISCHEN VERFASSUNGSVERTRAG BEKOMMEN?

Wir Grünen sind davon überzeugt, dass die Europäische Union mehr denn je eine verfassungsmäßige Ordnung benötigt, die die parlamentarische Demokratie, die Transparenz und die Rechtsstaatlichkeit stärkt, Grundrechte verankert, die BürgerInnenschaft entwickelt und die Handlungsfähigkeit der Union nach innen und nach außen verbessert.

Unserer Meinung nach muss die Europäische Union den konstitutionellen Prozess neu starten – und dabei gleichzeitig die politische Leistung radikal steigern. Die Demokratisierung und weitere Schritte zur Schaffung eines europäischen Verfassungsvertrags gehen Hand in Hand mit einer Anpassung der politischen Orientierung der Union durch die Annahme politischer Initiativen und Regeln, die auf die Ängste und Bedürfnisse der Bevölkerung eine angemessene Antwort geben. Dies umfasst unter anderem die Lösung von Problemen, auf die die Menschen im sozialen, wirtschaftlichen, Energie- und Umweltbereich stoßen. Die Akzeptanz der Union wird nur dann verbessert werden, wenn die BürgerInnen das Gefühl haben, dass die EU sich nicht nur auf die Vervollständigung des Gemeinsamen Marktes konzentriert, sondern auf die Instrumente, die für die Annahme der derzeitigen Herausforderungen am geeignetsten sind.

Während des laufenden Ratifizierungsprozesses wurde deutlich, dass substanzielle Teile der Verfassung nicht wirklich umstritten waren. Die Grundrechtscharta, der Großteil des ersten Abschnitts und eine Reihe von Innovationen im dritten Abschnitt der Verfassung wurden während des Ratifizierungsprozesses nur wenig oder gar nicht kritisiert. Darüber hinaus ist es erforderlich, einen breiten Konsens hinsichtlich der spezifischen Verbesserungen wie der Stärkung der BürgerInneninitiativen, der Einführung eines europäischen Referendums und der Bereinigung des Widerspruchs zwischen sozialen Zielsetzungen zu erreichen.

Wir glauben nicht an die derzeit von den Konservativen und den Sozialdemokraten vorgeschlagene Lösung, nämlich für jedes Land, das die Verfassung abgelehnt hat, ein Zusatzprotokoll hinzuzufügen, in der Annahme, dass damit der von den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden geschaffene Stillstand überwunden wird. Eine Verfassungskrise in diesem Umfang, wie wir sie derzeit erleben, kann nicht durch Anwendung der Präzedenzfälle von Lösungen überwunden werden, mit denen in der Vergangenheit negative Referenden in Dänemark und/oder Irland überwunden werden konnten.

Gleichzeitig lehnen wir alle Vorschläge ab, die Arbeit auf der Grundlage des derzeitigen Vertrags von Nizza unter alleiniger Anbringung einiger Anpassungen fortzusetzen, damit er für den Fall des Abschlusses der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und anderen Balkanländern Rechtskraft hat.

Die Grünen sind überzeugt, dass wir eine neue Versammlung benötigen, um diese derzeitige Hürde zu überwinden. Sie sollte auf den von der ersten Versammlung gelegten Grundlagen aufbauen. Daher sind wir gegen jegliches Bestreben, die Verhandlungen über einen neuen Vertrag von vorn zu beginnen.

Wir glauben, dass der vorhandene Verfassungsvertrag verbessert werden kann und sollte. Die Versammlung muss ein klares Mandat erhalten, das die Herauslösung des Politikbereiches (Abschnitt III) aus der Verfassung vorsieht und eine klare Unterscheidung zwischen den Klauseln zur Revision der Verfassung (u. a. Teile I, II und IV) und des Vertrags (u. a. Teil III) trifft. Die neue Versammlung könnte nach den Wahlen in Frankreich und während der deutschen Präsidentschaft einberufen werden. Ein starkes politisches Engagement für einen Einsatz aller Möglichkeiten einer neuen Versammlung mit dem Ziel einer Verbesserung der sozialen Dimension sollte ebenso zu den

Ergebnissen des Prozesses gehören. Vertreter der Zivilgesellschaft sind in die Arbeit der neuen Versammlung einzubeziehen. Der konstitutionelle Teil darf nur dann als Verfassung bezeichnet werden, wenn er bündig und verständlich ist, bindende Grundrechte enthält und eine demokratische Architektur einführt.

Der gemäß unseren Vorschlägen abgeänderte Verfassungsvertrag, d. h. die Verfassung als reines Ergebnis der Arbeit der Versammlung, sollte in einem europaweiten Referendum mit einer doppelten Mehrheit im Zuge der kommenden Europawahlen 2009 verabschiedet werden. Die genauen Modalitäten wären während der zweiten Jahreshälfte 2008 von der neuen Versammlung und dem Europäischen Rat zu beschließen. Die Grünen werden für dieses Referendum eine EU-weite Kampagne starten.

Wir sind davon überzeugt, dass dieser Vorschlag, mit dem die europäischen BürgerInnen zur Überwindung des Stillstands aufgefordert werden, der beste Weg zur Beendigung der Verfassungskrise Europas ist. Eine gemeinsame Verfassungsentscheidung, die nicht nur die politischen EU-Institutionen, sondern auch die europäische Öffentlichkeit und jede/n BürgerInnen mit einbezieht, ist die geeignete Antwort auf nationalistisch eingeengtes Verhalten und nationale Spaltungen. Wir sind fest davon überzeugt, dass weniger radikale Schritte nicht funktionieren und dass die europäischen BürgerInnen Europa voranbringen werden, wenn man sie dazu auffordert, die Geschichte des Kontinents in die Hand zu nehmen. In diesem Kontext begrüßen wir politische Initiativen zur Förderung einer strukturell verbesserten Kooperation mit dem Ziel einer Beschleunigung des europäischen Integrationsprozesses. Gleichzeitig möchten wir jedoch herausstellen, dass verbesserte Kooperationsformen die Erreichung der Ziele der Union fördern, ihre Interessen wahren, den Integrationsprozess verstärken und jederzeit allen Mitgliedstaaten offen stehen sollten. Ebenso stellen wir klar, dass die Umsetzung dieser möglichen Kooperationsformen keine Nachteile für die laufenden Anstrengungen mit sich bringen darf, ohne eine schuldhafte Verzögerung zu einer Europäischen Verfassung zu gelangen.

6. EUROPA GRÜNER GESTALTEN

Um die Leistungen der EU zu steigern, neues Vertrauen in die europäischen Institutionen aufzubauen und die Bedürfnisse der EU-BürgerInnen besser zu erfüllen, muss die EU ihre Kernpolitiken evaluieren und gegebenenfalls neu ausrichten. Eine grünere Ausrichtung wird der EU dabei helfen, ihr Handeln auf die wahren Bedürfnisse und die Erwartungen der BürgerInnen abzustimmen. Die europäischen Grünen bieten eine Strategie, um Europa „grüner“ zu machen, die von unserer Vision zu Europas Zukunft geleitet wird.

Die EU-Haushaltsplanung 2007-2013 wurde vom Europäischen Parlament gegen die Stimmen der Grünen verabschiedet. Anstelle von Investitionen in Humanressourcen und Wissenschaft mit dem Ziel, zur am stärksten wissensbasierten Region der Welt zu werden, erfolgen die meisten Ausgaben weiterhin im Bereich Landwirtschaft und Strukturfonds. Wir als Grüne müssen eine Langzeitstrategie für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Haushaltsplanung ausarbeiten.

Europa als Friedensprojekt

Die EU wurde auf einem Friedensprojekt errichtet, das allen europäischen Staaten gemein war. Sie sollte auch in Zukunft ein Friedensprojekt bleiben. Die Schrecken des Zweiten Weltkriegs haben die Europäer gelehrt, die Anwendung von Gewalt nicht als Selbstbehauptung, sondern als Versagen zu sehen. Die Europäische Union ist ein recht erfolgreicher Versuch, das Gesetz des Stärkeren durch die

Stärke des Gesetzes zu ersetzen. So lassen sich Konflikte nicht durch Einschüchterung und Gewalt, sondern mittels Regeln, Verhandlungen und Rechtsprechung lösen. Deswegen unterstützen die meisten Europäer von Kräften multilaterale Organisationen wie die Vereinten Nationen und den Internationalen Strafgerichtshof. Sie sind gegen die Anwendung militärischer Gewalt, solange die friedlichen Wege der Konfliktlösung nicht ausgeschöpft sind. Leider sind die EU-Politiker in dieser Auffassung weniger geeint als ihre BürgerInnen. Wegen Unstimmigkeiten zwischen den Regierungen ist die EU auf der Weltbühne allzu oft abwesend.

Die europäischen Grünen nehmen diese lähmende Spaltung nicht hin. Die Unzulänglichkeiten und Fehler der US-Außenpolitik bei der Bewältigung der heutigen Sicherheitsbedrohungen, wie Terrorismus, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, gescheiterte Staaten, organisierter Kriminalität und Klimawandel, sind nicht zu übersehen. Die EU, die ein breiteres Sicherheitskonzept verkörpert und praktiziert, sollte eine umfassendere Verantwortung übernehmen. Die Tätigkeiten, die die europäischen Länder zusammengeschweißt haben, sollten zur nach außen gewandten Stärke der EU werden: Diplomatie, kultureller Dialog, fairer Handel, Entwicklungshilfe und Förderung des internationalen Rechts. Europa sollte zu einer atomwaffenfreien Zone werden.

Die Rolle Europas, die positive institutionelle Veränderungen in Nordirland, Schottland, Wales, Katalonien und dem Baskenland bewirkt oder unterstützt hat, ist zu verstärken, damit sie zur Lösung interner Konflikte in den EU-Mitgliedstaaten beitragen kann, insbesondere wo diese den Schutz von Minderheiten und staatenlosen Nationen betreffen, um so zum Aufbau einer friedvollen Zukunft beizutragen.

Unter den BürgerInnen Europas gibt es Unterstützung für eine stärker integrierte europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Europa braucht den in der Verfassung vorgesehenen Außenminister, aber ebenso muss es das Vetorecht abschaffen. Als Schritt hin zu einer effektiveren Entscheidungsfindung sollte der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit über Vorschläge entscheiden, die vom EU-Außenminister vorgebracht wurden. Gleichzeitig sollte die Verantwortung des EU-Ministers gegenüber dem Europaparlament verbessert werden. Das EP sollte bindende Richtlinien zu außenpolitischen Themen formulieren dürfen und echte Befugnisse bei der Kontrolle der EU-Außenpolitik besitzen. Wann immer die EU eine gemeinsame Position formuliert, sollte der EU-Minister diese Position im UN-Sicherheitsrat verteidigen. Schließlich sollte die EU über ihren eigenen ständigen Sitz im Sicherheitsrat verfügen.

Auch als zivile Macht benötigt die EU militärische Mittel. Sie sind ein letzter Ausweg, wenn Konfliktprävention und ziviles Krisenmanagement gescheitert sind. Die EU sollte bei der Friedenserhaltung auf dem europäischen Kontinent einschließlich der Westbalkanländer nicht länger von der NATO abhängig sein. Dies erfordert keine weiteren Militärausgaben, sondern vielmehr eine bessere Zusammenarbeit, eine eindeutige Verteilung der Aufgaben und eine Integration der militärischen Fähigkeiten. Atomare, chemische und biologische Waffen können jedoch nie zu den militärischen Instrumenten der EU zählen. Die vorhandenen atomaren, chemischen und biologischen Waffen müssen verboten werden.

Die EU sollte eine Initiative für eine weltweite Entwaffnung starten, angefangen bei Verhandlungen zur Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen auf ihrem Gebiet und zur schrittweisen Überführung der Militärausgaben und -produktion in sozial nützliche und umweltmäßig nachhaltige Ausgaben und Produktionen.

Militärische Interventionen dürfen nur unter Beachtung der UN-Charta und mit dem Ziel eines dauerhaften Friedens erfolgen, nicht zur Sicherung der Ölversorgung und ähnlichen Zwecken. Dem Europäischen Gerichtshof sollte die Rechtsprechung über die Außen- und Sicherheitspolitik der EU zustehen. Militärische Operationen sollten die Zustimmung des Europäischen Parlaments und der

nationalen Parlamente der beteiligten Mitgliedstaaten sowie ein UN-Mandat erfordern. Unter keinen Umständen sollten die EU-Militärkräfte zur Zurückweisung von Flüchtlingen oder als interne Polizeikräfte eingesetzt werden. Die EU verzichtet auf den Waffenexport zur Förderung von Frieden und der Entwaffnung; als erster Schritt wäre daher der Verhaltenskodex zum Waffenexport der EU rechtlich verbindlich zu machen und der Waffenhandelsvertrag anzunehmen. Die EU befürwortet ein atomwaffenfreies Europa und unterstützt insgesamt ein Verbot von Atomwaffen. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU darf unter den europäischen Nachbarn keine Ängste schüren, sondern soll vielmehr zum Aufbau gegenseitigen Vertrauens beitragen.

Eine nachhaltige Zukunft schaffen

Ein verbesserter Schutz von Umwelt und Ressourcen ist eine der wichtigsten Aufgaben der europäischen SpitzenpolitikerInnen. Es ist zudem eine der Haupttätigkeiten, die die BürgerInnen der Europäischen Union von der EU erwarten. Die Eurobarometer-Umfragen zeigen, dass mehr als zwei Drittel der Befragten von den Entscheidungsträgern verlangen, der Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik jeweils gleiches Gewicht beizumessen.

Während in einigen Bereichen Verbesserungen zu erkennen sind, so erhöht sich doch insgesamt der Druck auf die Umwelt. Die Gesamtverwendung von natürlichen Ressourcen liegt schätzungsweise 20% über dem, was die Erde erzeugen kann. Der/die durchschnittliche BürgerIn der EU-25 verbraucht mehr als das Doppelte des Weltdurchschnitts.

Dies ist keinesfalls als nachhaltig zu bezeichnen. Wir müssen die Umweltfolgen unserer Produktions- und Verbrauchsmusters auf ein nachhaltiges Niveau reduzieren, oder die zukünftigen Generationen werden den Preis dafür bezahlen. Der Verbrauch an Ressourcen und ökologischen Dienstleistungen muss gerechter verteilt werden; die Alternative sind zunehmende Konflikte um abnehmende Ressourcen.

Die EU hat in jedem ihrer Mitgliedstaaten spezifische Verbesserungen im Umweltschutz bewirkt. In einigen Ländern stammen die Umweltschutzmaßnahmen hauptsächlich von der EU, während in anderen Ländern mit einem hohen Umweltstandard dieser eher abgesenkt wurde.

Was uns beunruhigt: In den vergangenen Jahren hat es in der EU einen Kurswechsel in die falsche Richtung gegeben. Umweltschutz wird weniger Bedeutung beigemessen als „Wettbewerbsfähigkeit“, bspw. in der Chemikalienpolitik, bei Transport und Energie. Wir müssen erkennen, dass ein ökologisch nachhaltiger Einsatz unserer Ressourcen langfristig eine Voraussetzung ist für Beschäftigung und wirtschaftlichen Fortschritt und diese kurzfristig sogar verbessern kann.

Insbesondere darf dem freien Warenverkehr keine höhere Priorität beigemessen werden als dem Schutz von Umwelt und Gesundheit. Dies gilt sowohl innerhalb der EU als auch in ihren Beziehungen mit der übrigen Welt. In Ermangelung von adäquatem Umwelt- und Wettbewerbsschutz kann eine weitere Marktintegration erhebliche Folgen für die Umwelt und die Umweltpolitik haben.

Grundlegende Prinzipien der EU-Umweltpolitik, das VerursacherInnenprinzip „Wer verschmutzt, der zahlt!“, das Vorsorgeprinzip und das Prinzip der Beseitigung der Verschmutzung an der Quelle sind wichtig und müssen umgesetzt werden. Dies erfordert eine bessere Durchsetzung der EU-Umweltbestimmungen und –normen. Diese Prinzipien müssen ergänzt werden durch das Substitutionsprinzip für gefährliche Chemikalien, das Prinzip der Bewahrung der Biodiversität und das Prinzip, demzufolge der Ressourcenverbrauch und die Umweltfolgen innerhalb des gerechten Anteils an Umweltraum und des ökologischen Fußabdrucks Europas bleiben.

Berücksichtigt man, dass eines der schwersten Probleme der Welt derzeit der Klimawandel ist, so muss die EU bei der Beendigung der Erderwärmung mehr Willensstärke zeigen. Mögliche Instrumente könnten eine EU-weite Steuer auf Kerosin oder eine europäische Umweltsteuer sein. Wir müssen so rasch wie möglich die Steigerung des Wirtschaftswachstums von einem höheren Ressourcenverbrauchs und den Umweltfolgen abkoppeln. Ressourcenverbrauch und Umweltfolgen sind insgesamt zurückzuführen.

Die Integration von Umwelt- und Tierschutz in andere EU-Politiken muss, wie es vom Vertrag gefordert wird, in die Praxis umgesetzt werden. Insbesondere ist eine umweltbezogene Steuerreform nötig, sodass Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung besteuert und andere Steuern und Finanzierungsquellen reduziert werden. Die EU-Landwirtschaftspolitik sollte sich radikal der ökologischen Erzeugung, dem Tierschutz und einem fairen Handel zuwenden. Die Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte sind aufzugeben.

Ebenso dringlich ist es, aus den umweltschädigenden Subventionen auszusteigen. Weitere prioritäre Bereiche für eine verstärkte Integration von Umwelanforderungen in sektorale Politiken sind Forschung, Strukturfonds, Landwirtschaft und Fischerei, Transport und Energie.

Euratom muss aufgelöst oder vollständig in eine Agentur für die nachhaltige Umwandlung unseres Energiesystems überführt werden. Länder, die ihren Wohlstand während der Ära billiger fossiler Brennstoffe aufgebaut haben, verfügen über die Ressourcen und tragen die Verantwortung dafür, Technologien zu entwickeln und einzuführen, die sauber und effizient sind sowie zunehmend erneuerbare Ressourcen nutzen. Dies sollte ein Hauptschwerpunkt der europäischen Forschung und Entwicklung sein.

Wir können das Ziel eines nachhaltigen Europas mit einer attraktiven Lebensqualität erreichen, aber dies erfordert eine Neuausrichtung der Ziele seitens der Entscheidungsträger auf allen Ebenen. Es bedarf einer Neuorientierung der Politiken, der Forschung und der Investitionen, sowie eines Überdenkens überholter Vorstellungen von dem, was für ein gutes Leben erforderlich ist. Die Europäische Grüne Partei und ihre nationalen Mitgliedsparteien werden auch in Zukunft zu Gunsten konkreter Maßnahmen in Richtung auf dieses Ziel auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene zusammenarbeiten.

Stärkung des Europäischen Sozialmodells

Nur wenn die soziale Dimension der EU gestärkt und als solche von den BürgerInnen wahrgenommen wird, wird die Öffentlichkeit den Integrationsprozess stärker unterstützen.

Für die Grünen umfasst die nachhaltige Entwicklung der europäischen Gesellschaften die soziale Dimension; es ist einfach undenkbar, dass die Europäische Union ihre Rolle darauf beschränkt, Europa als einen integrierten Wirtschafts- und Finanzmarkt zu fördern und dabei die Erfordernisse des sozialen Zusammenhalts und einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der EU-BürgerInnen und der Menschen weltweit außer Acht lässt.

Wir erkennen an, dass die Mehrheit der heutigen Regierungen explizit oder *de facto* eine Europäische Union befürwortet, die sich allein auf den Gemeinsamen Markt beschränkt und dabei die nationalen Wohlfahrtssysteme einem uneingeschränkten Wettbewerb zueinander aussetzt, sodass sie (genauso wie die Steuer- und Umweltschutzsysteme) in eine Abwärtsspirale geraten. Dem widersetzen sich die Grünen mit Nachdruck.

Für die Grünen müssen Wohlfahrtssysteme, wenn sie nachhaltig und erfolgreich sein sollen, in der Bevölkerung eine breite Unterstützung genießen und daher auf den gemeinsamen Werten dieser Bevölkerung aufbauen. Da diese Werte von Land zu Land unterschiedlich sein können, ergibt sich daraus, dass es kein allgemeingültiges Wohlfahrtssystem geben kann und dass die Entscheidungen hinsichtlich der Systeme sowie der Art, wie sie verbessert und gestärkt werden sollen, um den Verwüstungen einer auf freien Handel und autoritäre Regime (siehe China) aufbauenden Globalisierung zu widerstehen, bei den Mitgliedstaaten liegen sollte. Die Zusammenarbeit zwischen einer beliebigen Anzahl an Staaten zur Erzielung einer stärkeren Konvergenz kann nur freiwillig erfolgen, aber sie ist in jedem Fall begrüßenswert. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Europäische Union keine Rolle in der Sozialpolitik spielen sollte.

Ganz im Gegenteil, denn neben der Währungsunion muss die EU eine soziale Union sein. Denn die EU muss die neuen, durch die Globalisierung entstandenen Herausforderungen annehmen, also den Wettbewerb zwischen den Sozialsystemen und die Schwächung des europäischen Sozialnetzes.

Zunächst einmal muss die Union sicherstellen, dass ihre Gesetzgebungsmaßnahmen und ihre Politiken in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen und Welthandel nicht *de facto* die Sozialpolitiken der Mitgliedstaaten schwächen oder unmöglich machen. Das gesamte Gleichgewicht der EU-Politiken muss stärker auf soziale und auf Umweltüberlegungen ausgerichtet werden.

Hinsichtlich der Dienste von allgemeinem Interesse sind die Grünen der Auffassung, dass öffentliche Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Wasser nicht den Marktmechanismen unterworfen werden dürfen. In anderen Bereichen, insbesondere was Dienstleistungen von allgemeinem Wirtschaftsinteresse betrifft wie den öffentlichen Transport, werden die Grünen auch in Zukunft die Möglichkeit erwägen, dass öffentliche Stellen Marktmechanismen wie einen kontrollierten Wettbewerb (bspw. die preisgünstigste Ausschreibung) nutzen, um das Geld der SteuerzahlerIn so effizient wie möglich einzusetzen und gleichzeitig eine hohe Servicequalität zu garantieren. Die Entscheidung für oder gegen Liberalisierung sollte - unter angemessener Berücksichtigung des Wettbewerbs und der Gesetze zur staatlichen Förderung - auf der entsprechenden lokalen, regionalen oder nationalen Ebene erfolgen, ohne jedoch unangemessene Monopolvorteile in liberalisierten Märkten zu ermöglichen; daher befürworten die Grünen das Reziprozitätsprinzip, demzufolge öffentliche Unternehmen, die „interne“ öffentliche Dienstleistungsverträge abschließen, nicht am Wettbewerb in öffentlichen Märkten teilnehmen sollten.

Die Grünen sind überzeugt, dass wir eine gemeinsame europäische Steuerpolitik benötigen, um den fatalen Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten zu beenden. Als ersten Schritt erwägen die Grünen, dass die Europäische Union Minimalsätze für die Unternehmens-, Kapital- und Umweltbesteuerung festsetzt, um ungebührlichem Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten vorzubeugen und es ihnen so zu ermöglichen, ihre Wohlfahrtssysteme ausreichend und ausgeglichener (nicht allein über den Faktor Arbeit) zu finanzieren. Wir erwägen ferner, dass die Europäische Union soziale und steuerliche Konvergenzkriterien im Bereich der Kinderarmut und Langzeitarbeitslosigkeit einführt.

Die EU sollte ihre Mitgliedstaaten ermutigen, ein Mindestexistenzniveau oder „Grundeinkommen“ festzusetzen und dabei nationale Unterschiede zu berücksichtigen, um so eine untere Grenze für die Folgen des Wettbewerbs zu garantieren. Die EU sollte einen Rahmen für EU-weite Tarifvereinbarungen erarbeiten, der Themen wie Arbeitsbedingungen, Ausbildung und Entlohnung abdeckt; der EU-Kommission sollte die Befugnis erteilt werden, diese Vereinbarungen für alle Unternehmen des betreffenden Bereichs für verbindlich zu erklären. Die EU sollte zudem ihre Gesetzgebung zur Nichtdiskriminierung verbessern, insbesondere hinsichtlich Geschlecht, ethnischer Herkunft, Behinderungen und sexueller Orientierung. Ferner sind die Regeln zur sozialen

Verantwortung der Unternehmen zu stärken, um einen stärker sozial und umweltmäßig verantwortlichen Markt zu fördern.

VerbraucherInnenrechte und Gesundheitsschutz

Die großen Lebensmittel- und Gesundheitsskandale der vergangenen Jahre (BSE, Dioxin, Salmonellen, Kontamination mit GVO und MPA usw.) haben das KonsumentInnenvertrauen in die Nahrung insbesondere bei Fleisch und verarbeiteten Lebensmitteln ausgehöhlt, aber auch die Fähigkeit der PolitikerInnen, dieses Problem zu lösen. Hat die Europäische Union auch einige weit reichende Vorschläge zur Verbesserung der Lebensmittelsicherheit über die ganze Lebensmittelkette unterbreitet, so reichen diese Initiativen jedoch nicht aus und wurden oftmals von den Mitgliedstaaten blockiert oder verzögert. Der internationale Konsum und überbordende Märkte erfordern einen verlässlichen Rechtsrahmen und einen verantwortlichen und vertrauensbasierten Handel der MarktteilnehmerInnen für eine faire, soziale und nachhaltige Konsumkultur in Europa. Wir müssen die VerbraucherInnen stärken und informieren und uns für ihre Gesundheit und ihre wirtschaftlichen Interessen einsetzen, um eine erfolgreiche europäische Wirtschaftspolitik sicherzustellen.

Das von der EU angenommene Vorsorgeprinzip bei der Lebensmittelerzeugung darf sich nicht auf Abfälle oder Abschlusskontrollen bei den Endprodukten beschränken. Überprüfbare und gesunde Lebensmittelprodukte garantierende Normen müssen in der gesamten Lebensmittelkette durchgesetzt werden, vom Fertigungsprozess, dem Anbau der Kulturen und der Futtermittel bis zur letztendlichen Verarbeitung einschließlich der Arbeitsplätze und der Umwelt. Diese Normen werden in den Bestimmungen zum ökologischen Landbau in der EU gefordert und sollten in Zukunft auch auf die herkömmliche Lebensmittelerzeugung Anwendung finden, ob es sich dabei um Landwirtschaft, Fischerei oder Fischzucht handelt. Die Massenproduktion muss strengen Regeln unterliegen, um geeignete artgerechte Bedingungen zu gewährleisten.

Um bessere und gesündere Lebensmittel herzustellen, ist es erforderlich:

- die intensive agroindustrielle Herstellung zu begrenzen, indem intensive Vieh- und Fischzucht durch strikte Durchsetzung der Gesetzgebung zu Umwelt, Tierschutz- und Lebensmittelsicherheit eingeschränkt wird,
- die Auswirkungen der Fischzucht mit Futtermitteln auf Tierbasis auf die globalen Fischbestände und die Lebensmittelsicherheit der Entwicklungsländer zu bewerten,
- Normen zur Sicherung der Lebensmittelsicherheit durchzusetzen, ohne dadurch die zur Wahrung und Diversifizierung der regionalen und lokalen Lebensmittelerzeugung notwendige Flexibilität der Umsetzung einzuschränken,
- die Definition von Qualitätsstandards auszuweiten, um die breitgefächerten Unterschiede in der Lebensmittel- und Geschmackskultur mit einzuschließen,
- über EU-Bestimmungen zur VerbraucherInneninformation den VerbraucherInnen alle relevanten Informationen zur Produktherkunft und Produktionsweise zu bieten,
- die Umsetzung der Nahrungsmittelgesetze auf allen Stufen der Nahrungsmittelerzeugung effektiv zu kontrollieren,

- das Vorsorgeprinzip über die gesamte Nahrungskette anzuwenden und klare Regeln zur Haftung festzulegen,
- die VerbraucherInnen zu einer gesunden Ernährung zu bewegen,
- unnötige Lebensmittelverpackungen zu kontrollieren und umweltfreundliche Verpackungen zu fördern.

Aber die Lebensmittelqualität ist nur ein Aspekt bei der Förderung der Gesundheit und der VerbraucherInnenrechte. Der VerbraucherInnenschutz und die öffentliche Gesundheit müssen in allen europäischen Politiken (Industrie, Handel, Landwirtschaft, Regionalpolitik, Lebensmittel usw.) verankert sein.

Die Grünen sehen die wachsende Nachfrage der VerbraucherInnen nach medizinischem Pluralismus einschließlich der alternativen Medizin. Die EU sollte dieses Verlangen der VerbraucherInnen nach mehr Wahlfreiheit und ihre Nachfrage nach mehr Information und Aufklärung unterstützen.

Die Gefahr neuer Epidemien

Die Grünen nehmen die Beziehung zwischen einer zunehmenden Zahl an Krankheiten wie Allergien und Ateminfekten und der zunehmenden Umweltbelastung durch Pestizide, Chemikalien und andere Schadstoffe wahr.

In diesem Rahmen engagieren sich die Grünen für die Förderung einer strengen Richtlinie zu REACH. Die Richtlinie erscheint in weiten Teilen unzureichend, sowohl hinsichtlich der Kontrollverfahren als auch der Liste der gefährlichen Substanzen. Die Kontamination mit Chemikalien und die Abfallverbrennung müssen beendet werden. Eine strenge Bewertung der Sicherheitsrisiken muss gewährleistet sein.

Gleichzeitig haben wir es weltweit mit neuen Ausbrüchen zu tun. Vogelgrippe, AIDS, SARS und Malaria überschreiten nicht nur Ländergrenzen, sondern auch Artengrenzen und greifen auf den Menschen über. Auf der Grundlage der Verträge kommt der EU zusammen mit allen Mitgliedstaaten eine eindeutige Verantwortung bei der Vorbeugung von Krankheiten und dem Schutz der Gesundheit der Menschen zu.

Ferner fordern die Grünen eine Verbesserung der Rechte von VerbraucherInnenschutzorganisationen. Die Richtlinien zu Haustürverkäufen, VerbraucherInnenkrediten, Versandhandel, Pauschalreisen und Produkthaftung sollten gestärkt werden.

Eine grüne Vision für Europas Wirtschaft: Die Marktwirtschaft mit ökologischen und sozialen Prinzipien neu definieren

Die Grünen sind für Wettbewerbsregeln für die Wirtschaft, sofern sie aus Instrumenten bestehen, mit denen ein gerechtes und faires Ziel erreicht werden soll, und sie nicht selbst das Ziel darstellen.

Dienstleistungen von allgemeinem Interesse wie Gesundheit, Bildung und öffentlicher Verkehr sind Pfeiler einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie. Europa braucht starke und moderne Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Diese Dienstleistungen tragen bereits 35% zur Gesamtbeschäftigung in der EU bei und sind ein Kernelement beim Aufbau einer erfolgreichen wissensbasierten Wirtschaft. Es ist daher entscheidend sicherzustellen, dass die öffentliche

Versorgung und die öffentlichen Ausgaben für diese Dienstleistungen gesteigert werden. Unter umfassender Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips müssen die öffentlichen Stellen auf allen Ebenen, die demokratisch den BürgerInnen gegenüber rechenschaftspflichtig sind, hinsichtlich der Finanzierung und Organisation dieser Dienstleistungen frei sein. Eine europäische Gesetzgebung sollte diesen Prinzipien Rechtssicherheit verschaffen.

Die Bereiche Sozialunternehmen und Freiwilligentätigkeit müssen in den EU-Politiken anerkannt werden. Dieser Wirtschaftsbereich, der von Kooperativen über zahlreiche verschiedene Arten der Freiwilligenorganisationen bis hin zu kleinen Unternehmen reicht, ist im Wettbewerbsumfeld tätig und schafft zahlreiche Arbeitsplätze in innovativen und aufkommenden Bereichen wie Umwelt und individuellen Dienstleistungen.

Die Grünen sind für ein Mischwirtschaftssystem aus öffentlichen Diensten und privaten Unternehmen. Wettbewerb ist kein Ziel, sondern ein Instrument zur Verbesserung der Qualität von Produkten und Dienstleistungen, was zu Innovationen und erschwinglichen Preisen führt. Eine grüne und soziale Wirtschaft bedeutet, dass die Wettbewerbsfähigkeit mit der Verfolgung von Zielen allgemeinen Interesses, insbesondere mit sozialem Zusammenhalt, Umweltschutz und fairem Handel vereinbar sein sollte, die die Eckpfeiler einer nachhaltigen Entwicklung bilden. Ferner sollte sie mit einem zunehmenden Einfluss der Arbeiter auf die Politik ihres Unternehmens vereinbar sein. So müsste die EU bei der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen Sozialunternehmen und Kooperativen in diese Politik mit aufnehmen.

Es gibt ökologische Grenzen für das Wirtschaftswachstum. Dies wird insbesondere deutlich bei Energiethemen und dem Klimawandel. Angesichts des Wendepunkts der so genannten „Peak Oil Crisis“, die für die nächsten 10 Jahre erwartet wird, benötigt Europa mehr denn je eine neue Energiekultur. Eine massive Nutzung erneuerbarer Energiequellen ist genauso erforderlich wie zunehmende Veränderungen beim Lebensstil, den Konsummustern, Transportarten und Anstrengungen bei der langfristigen Energieeffizienz und -erhaltung. Zudem erfordert ein effizienter und wettbewerbsfähiger europäischer Energiemarkt eine Reduzierung der Marktkonzentration. Steuerinstrumente, einschließlich fiskalischer Mittel, sollten zur Förderung der Entwicklung neuer Marktakteure im Bereich der erneuerbaren Energien eingesetzt werden. Ebenso sollte die Entwicklung einer wissensbasierten Wirtschaft mit einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie vereinbar sein. Die Forschungs- und Entwicklungspolitik und die Innovationspolitik sollten sich auf umweltfreundliche Energien konzentrieren, denn Umwelteffizienz ist das sichtbarste Kennzeichen einer modernen, fortschrittlichen Wirtschaft. Im gleichen Sinne ist der Atomenergiemarkt ein Beispiel, dem nicht zu folgen ist. Abgesehen von den dramatischen Folgen für Ökologie und Sicherheit entspricht dieser nicht unseren Vorstellungen von allgemeinem Interesse und von Wettbewerb. Unter Berücksichtigung des Einkaufspreises für verarmtes Uran, den Kosten für Abfalllagerung und Lagersicherung ist der Preis für Nuklearenergie viel zu hoch.

Instrumente der makroökonomischen Politik sollten eingesetzt werden, um die Bedürfnisse der europäischen Gesellschaft zu erfüllen. Durch die im März 2005 eingeführten Änderungen sollte der Stabilitäts- und Wachstumspakt auf nationaler Ebene besser erfüllt werden, während er auf EU-Ebene einen größeren Spielraum bietet. Der Schwerpunkt sollte auf öffentlichen und privaten Investitionen zur Senkung der Arbeitslosigkeit liegen.

Europa muss die öffentlichen und privaten Ausgaben in öko-effiziente Technologien und ihre Verbreitung im Produktionsbereich erheblich verstärken. Die neue Gesetzgebung zur Marktbeschaffung sollte ebenso genutzt werden, um die Nachfrage nach solchen Technologien zu fördern. Die Steuerpolitik muss zudem einer nachhaltigen Entwicklung dienen. Europa braucht statt eines Steuerwettbewerbs eine stärkere steuerliche Zusammenarbeit, um die für ehrgeizige öffentliche Politiken erforderlichen Finanzmittel zu erhalten und zu verbessern. In dieser Hinsicht ist eine

europäische Koordinierung bei der Umweltsteuerreform und der Unternehmensbesteuerung notwendig.

Der EU-Haushalt sollte auf ein Niveau gehoben werden, das den politischen Kompetenzen der Union entspricht. Es ist nicht möglich, nachhaltige Entwicklungspolitiken im Umfeld einer erweiterten EU zu implementieren, wenn der Haushalt auf 1% des BIPs der EU beschränkt ist. Ebenso sollte die Verteilung der Ausgaben neu ausgerichtet werden, um prioritäre Bedürfnisse zu erfüllen, einschließlich Nachhaltigkeit, Umweltinnovation, Gemeinsame Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeitspolitik.

Europa als Akteur für eine gerechtere Globalisierung

Ein rein defensiver Ansatz gegenüber der Globalisierung ist eine Sackgasse. Weder ein „*adaptives*“ Paradigma – das auf der Vorstellung basiert, dass die Globalisierung ein von außerhalb der EU stammendes Phänomen ist, an das sich die EU anpassen muss – noch ein „*protektives*“ Paradigma – das auf der Vorstellung basiert, dass die EU (insgesamt, oder auf der Ebene der Mitgliedstaaten) ihre Beteiligung an der Weltwirtschaft durch Hindernisse gegen die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen zurückführt – dient den Interessen der BürgerInnen der EU oder anderer Länder.

Die Grünen befürworten offensivere Antworten der EU, deren Rolle bei der Neuausrichtung des derzeitigen Globalisierungsprozesses hin zu Win-Win-Strategien entscheidend sein kann. Da sie bereits jetzt der größte Wirtschaftsakteur der Welt ist, sollte die EU ihre diesbezügliche Verantwortung übernehmen.

Die Grünen fordern von der EU ein Engagement zur Verringerung ihrer negativen Auswirkungen auf das globale Ökosystem. Die Entscheidung für eine weitreichende Ökoeffizienzstrategie innerhalb der EU ist eine Bedingung für eine gerechte Globalisierung.

Die Grünen verlangen ebenso ein Engagement der EU, um die negativen sozialen Auswirkungen der Globalisierung in positive umzuformen, insbesondere in den Entwicklungsländern. Die EU sollte ihr ökonomisches Gewicht nutzen, um eine baldige Erreichung der UN-Jahrtausendziele und die Einhaltung der grundlegenden Arbeitsrechte zu ermöglichen. Um „sozialem Neokolonialismus“ vorzubeugen, sollte dieser Prozess in enger Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern erfolgen. Die Grünen unterstützen regional-kontinentale Integrationsprozesse in anderen Teilen der Welt auf der Grundlage demokratischer Werte und der umfassenden Einhaltung der Menschenrechte (Afrika, Lateinamerika usw.).

Die Grünen unterstützen die Entwicklung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Sie sind sich der Schlüsselrolle bewusst, die die öffentlichen Behörden bei der wirtschaftlichen Entwicklung inner- und außerhalb der EU spielt. Die betreffenden Behörden sollten die Möglichkeit haben, die öffentlichen Dienste und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse von den Regeln des Wettbewerbs auszunehmen.

Die Grünen sehen es als eine Pflicht an, die Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben zu bewahren und zu verbessern. Inner- und außerhalb der EU stellen übermäßig strenge Steuer- und Geldpolitiken Hindernisse dar, die die öffentlichen Behörden davon abhalten, soziale und Umwelterfordernisse auf die richtige Weise anzugehen.

Die Grünen unterstützen eine Forschungs- und Entwicklungspolitik (F&E-Politik), die mit nachhaltiger Entwicklung kohärent ist; F&E und Innovation sollten sich auf umweltfreundliche Technologien

konzentrieren; die Grundlagenforschung und die angewandte Forschung sollten zumindest in gleichem Maße gefördert werden; inner- und außerhalb der EU sollte Bildung eine Priorität sein.

Die EU benötigt sachgerechte Institutionen, um ein globaler Wirtschaftsakteur sein zu können. Sie kann bei der Neuausrichtung der derzeitigen Globalisierungsprozesse keine entscheidende Rolle spielen, solange der institutionelle Rahmen ihr keine entsprechenden Kompetenzen in diesem Bereich zumisst. Die der EU übertragenen Kompetenzen hinsichtlich Handelspolitiken (Artikel 133) müssen auf die Außenpolitik ausgeweitet werden und eine kohärentere Politik im Bereich der internationalen Finanzen ermöglichen. Vereinbarungen in diesem Bereich müssen vom Europäischen Parlament und vom Rat verabschiedet werden. Auf globaler Ebene müssen Politiken zu Wirtschaft, sozialer Entwicklung und Umweltthemen mit Kohärenz betrieben werden. Daher sollen WTO, UNEP und ILO gleichwertige Pfeiler des UN-Systems mit den gleichen demokratischen Entscheidungsregeln werden. Für die WTO bedeutet dies eine strenge Definition der Dienstleistungen, die unter die WTO-Regelungen fallen.

Öffentliche Dienste wären davon auszunehmen. Wir ermuntern die EU-Institutionen, jegliche Anstrengung zu unternehmen, um den Reformprozess der WTO pro-aktiv zu unterstützen.

Freier Handel muss mit fairem Handel vereinbar sein. Dies bedeutet, dass die Preise die realen, bei Fertigung und Transport anfallenden sozialen und Umweltkosten widerspiegeln. Die Grünen unterstützen die Idee, den Zugang zum europäischen Markt den Produkten zu verwehren, deren Herstellung und/oder Distribution grundlegenden sozialen und Umweltauflagen wie den ILO-Konventionen zuwiderläuft. Dies bedeutet auch, dass Europa als Beispiel dienen und seine Überproduktion an landwirtschaftlichen Produkten aufgeben muss. Der Überschuss wird derzeit mit Hilfe von Subventionen auf ausländischen Märkten abgeladen, einschließlich der Märkte der Entwicklungsländer.

Nachhaltigkeit sollte ein Teil aller Entwicklungspolitiken sein. Entwicklungsziele müssen auf Menschenrechtsprinzipien, der Rückführung von Armut, Konfliktprävention, demokratischer Partizipation und Empowerment von Frauen sowie Energieeffizienz, VerbraucherInnenrechten und Umweltschutz fußen. Die EU sollte ihr Engagement konkretisieren, die Finanzmittel für die Entwicklungsländer aufzustocken. Eine Art „Tobin-Steuer“ auf Kapitalbewegungen muss mit dem doppelten Ziel eingeführt werden, die Finanzspekulation zu bekämpfen und Entwicklungsgelder aufzubringen. Wir zielen darauf ab, bis 2015 das Ziel von 0,7% des Official Development Assistance zu erreichen, ohne Berücksichtigung des Schuldenerlasses durch die ODA-Akkreditierung. Der Prozess zur Erreichung dieses Ziels ist in allen EU-Mitgliedstaaten zu beschleunigen. Wir wünschen, dass sich die EU die erforderlichen Mittel und Mechanismen gibt, um Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Steuerverkürzung sowohl auf europäischer als auch auf globaler Ebene zu bekämpfen.

Demokratie, Diversität und Rechtsstaatlichkeit

Für die Grünen ist Demokratie ein Grundwert. Demokratie umfasst gerechte Repräsentation, BürgerInnenbeteiligung und Instrumente der direkten Demokratie. Es gibt unter den BürgerInnen Europas eine wachsende Kritik an den Grenzen der demokratischen Beteiligung. Die Grünen teilen die Forderung nach einer Ausweitung der Instrumente für eine bessere BürgerInnenbeteiligung. Ein Instrument, das zu einer neuen Quelle für die demokratische Legitimität der EU und ihrer Verfassung werden könnte, ist ein EU-weites Referendum. Ein weiteres Instrument ist die Volksinitiative, die neue grenzüberschreitende Verbindungen zwischen den BürgerInnen, NROs und politischen Parteien zwecks gemeinsamer Kampagnen schaffen könnte. In der europäischen Zivilgesellschaft spielen die NROs, die soziale, kulturelle, rechtliche und Umweltinteressen vertreten, eine bedeutende Rolle.

Diesen Gruppen sollte verstärkt Zugang zur politischen Entscheidungsfindung auf EU-Ebene ermöglicht werden. Daher unterstützen die Grünen die NROs dabei, einen Beraterstatus bei den für ihren Arbeitsbereich relevanten Institutionen sowie einen besseren Zugang zum Gerichtshof zu erlangen.

Die organisierte Kriminalität hat ihre Tätigkeit auch im Umweltbereich verstärkt: Abfallmanagement, öffentliche Arbeiten und Bauten, die Verwendung selbst der EU-Fördergelder ist insbesondere gefährdet, mit allem, was dazu gehört, hinsichtlich Bestechung, Geldwäsche und Bruch der Rechtsstaatlichkeit. Die EU sollte ad hoc Anti-Ökomafia-Einheiten schaffen, OLAF um ebensolche Maßnahmen bitten und EU-weit eine gezielte Bewusstseinskampagne zur Rechtsstaatlichkeit starten.

Der Zugang zu Kultur für alle, die Anerkennung und der Schutz aller Kulturen und die Förderung der europäischen Sprachen und Kulturen in all ihrer Unterschiedlichkeit muss garantiert und von der EU unterstützt werden.

Die Anerkennung unserer Sprache und Kultur und die Freiheit, sie praktizieren und unterrichten zu können, sind Grundrechte. So genannte Minderheitskulturen und -sprachen, die in einigen EU-Gebieten noch existieren, müssen anerkannt werden.

Auch wenn Kultur derzeit im Wesentlichen eine Frage der nationalen Politik ist, so stellt Austausch und gegenseitige Befruchtung zwischen den verschiedenen europäischen Kulturen eine Chance dar. Um das Bewusstsein für die Vorteile einer möglichst breiten gemeinsamen Nutzung der kulturellen Vielfalt zu schärfen, müssen wir den kulturellen Austausch, bspw. Partnerschaften zwischen europäischen Städten und Dörfern, intensivieren.

Um das Gefühl der Zugehörigkeit zu dieser vielfältigen europäischen Kultur zu stärken, müssen wir einer möglichst großen Zahl an Jugendlichen auf akademischer oder beruflicher Ebene das Lernen in einem anderen europäischen Land ermöglichen, indem die für Austauschprogramme wie Erasmus, Socrates oder Leonardo vorgesehenen Haushaltsmittel substanziell erhöht werden.

Migration

Nur selten in der Geschichte gab es so immense Ungleichheiten zwischen Nord und Süd, zwischen reicheren und ärmeren Regionen, und diese Ungleichheiten werden durch die Globalisierung des Handels und des Informationsflusses nur noch sichtbar. Unzählige MigrantInnen riskieren ihr Leben bei dem Unternehmen, auf der Suche nach einem würdigen Lebensstandard in Europa anzulanden.

Nicht nur lehnt die Europäische Union eine Gesetzgebung zur Integration von MigrantInnen ohne Aufenthaltsgenehmigung ab, von denen viele Opfer von Menschenhandel sind, sondern sie versucht, die Herkunftsländer zu einer Schließung der Grenzen für Emigranten zu bewegen und versagt diesen damit das in der Universellen Menschenrechtserklärung garantierte Recht auf Freizügigkeit.

So hoch die Zäune und so streng die Kontrollen auch sein mögen, illegale MigrantInnen werden auch in Zukunft kommen und sei es nur, weil es in Europa eine Nachfrage nach ihrer Arbeitskraft gibt. Da die Migration nicht gestoppt werden kann, sollten wir MigrantInnen nicht länger als Bedrohung sehen. Sie bringen uns ihre Talente und ihre Energie. Wir müssen uns selbst die Mittel für eine Regulierung der Migration geben, sowohl indem wir die MigrantInnen auf würdige Weise empfangen und indem eine authentische gemeinsame Entwicklungspolitik mit ihren Herkunftsregionen vereinbart wird.

In einer Union ohne interne Grenzen erfordert dies einen EU-weiten Ansatz. Die Europäische Kommission sollte ein Konzept für eine koordinierte Politik in diesem Bereich vorlegen und umsetzen.

Auch das Interesse der Herkunftsländer der ArbeitsmigrantInnen muss beachtet werden, bspw. durch Förderung von Kreismigration, bei der die MigrantInnen die in Europa erworbenen Fähigkeiten und Geldmittel dazu nutzen, ihr eigenes Land zu entwickeln. Der Wohlstand, den das zu ihren Familien nach Hause geschickte Geld darstellt, ist bei weitem die größte Geldquelle dieser Länder.

Ferner sollte die EU einen größeren Teil ihrer Ressourcen der Auslöschung von Armut und der Entwicklung permanenter demokratischer Strukturen in den ärmeren Teilen der Welt widmen. Hinsichtlich der europäischen Flüchtlingspolitik ist das Ziel, die Einhaltung der Genfer Konvention in der gesamten EU sicherzustellen, nicht erreicht worden. Es gibt jedoch auch in Zukunft keine Alternative für einen europäischen Ansatz. Die einzige Chance zur Umkehrung der Abwärtsspirale ist ein neuer, demokratischerer Gesetzgebungsprozess, bei dem das Europäische Parlament sein jüngst erworbenes Mitbestimmungsrecht ausüben kann.

Asylsuchende sind mit Würde und Respekt zu behandeln, während sie auf das Ergebnis ihrer Anträge warten. Solidarität ist erforderlich um zu verhindern, dass einige EU-Länder bei dieser Aufgabe eine allzu große Last übernehmen, während andere kaum zum Flüchtlingsschutz beitragen. Die Dubliner Konvention, gemäß der Asylsuchende ihren Antrag in dem Land einreichen müssen, in dem sie in die EU eingereist sind, sollte für die starkem Druck ausgesetzten Länder flexibler gestaltet werden. Am Ende sollte ein europäisches Asylsystem stehen, das diesen Namen verdient und ein wahrlich gemeinsames, durch EU-Mittel finanziertes System ist.

Justiz

Die Europäische Union hat bei der Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und grenzüberschreitendem Terrorismus eine bedeutende Rolle zu übernehmen. Heutzutage beeinträchtigt die zunehmende Kooperation im Justiz- und Polizeibereich jedoch fundamentale Rechte wie das Recht auf Privatsphäre und auf einen fairen Prozess. In den kommenden Jahrzehnten wird den Regierungen die Technologie zur Verfügung stehen, um all ihre BürgerInnen permanent zu überwachen. Die Grünen lehnen eine solche *Big-Brother*-Gesellschaft ab. Die EU sollte ein Vorbild für die Grundrechte sein, die auch das Prinzip der Nichtdiskriminierung umfassen. Dieses Prinzip ist rigoros durchzusetzen, um Regierungen daran zu hindern, ganze Bevölkerungsgruppen des Terrorismus zu verdächtigen. Wenn Europa es schafft, persönliche Freiheiten und Toleranz aufrechtzuerhalten, kann es zu einem Magneten für kreative Talente aus der ganzen Welt werden.

Daher wollen die Grünen erreichen, dass die Grundrechtscharta so bald wie möglich für alle EU-Institutionen verbindlich wird. Ferner wollen wir, dass die Europäische Nachbarschaftspolitik systematisch eine Menschenrechtskomponente als Teil des Aufgabenbereichs der EU-Agentur für Grundrechte umfasst.

Die EU sollte ferner der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten. Die europäische Gesetzgebung zu Justiz und Innenpolitik sollte nicht länger das Vorrecht nationaler Minister sein, die sich hinter geschlossenen Türen versammeln, sondern ein Thema der Mitentscheidung zwischen Europäischem Parlament und dem Ministerrat. Die Gemeinschaftsmethode für Kriminalrecht anzuwenden erfordert jedoch eine restriktive Definition der Straftaten, für die die EU zuständig ist. Es sollte deutlich gemacht werden, dass der Kampf gegen gravierende grenzüberschreitende Straftaten sich nicht auf Themen wie Abtreibung, freiwillige Euthanasie oder den lokalen Verkauf von weichen Drogen bezieht. Mit der Ausweitung der Union wächst auch die Unterschiedlichkeit der ethischen Konzepte ihrer BürgerInnen. Eine EU, die diese Unterschiedlichkeit nicht respektiert, wird als Bedrohung der nationalen und persönlichen Freiheit wahrgenommen werden.

Sobald die oben genannten Überprüfungen und Garantien eingerichtet sind, sollte die Verfolgung einer genau definierten Gruppe von grenzüberschreitenden Straftaten wie Unterschlagung von EU-Mitteln einem europäischen Staatsanwalt übertragen werden. Wir können sogar den Aufbau eines Europäischen Geheimdienstes in Angriff nehmen, um die heute schwerfällige Zusammenarbeit zwischen den nationalen Diensten zu erleichtern. Die demokratische Kontrolle über solche Agenturen sollte gemeinsam vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten erfolgen. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Europarat wird die EU im Bereich der Menschenrechte effektiver machen. Die EU muss einen Sitz im Europarat erlangen, der seinerseits in den Verwaltungsorganen der Agentur für Grundrechte vertreten sein muss.

FAZIT

Wir europäischen Grünen stehen mit Überzeugung für die weitere politische Integration Europas.

Wir benötigen die Union, denn sie hat ihre Fähigkeit bewiesen, Frieden unter ihren Mitgliedern zu schaffen und zu bewahren, und Frieden sollte niemals als selbstverständlich angesehen werden, weder inner- noch außerhalb Europas. Wir benötigen die Union, da es außerhalb der Fähigkeiten jedes einzelnen Nationalstaats liegt, auf Herausforderungen wie die Erderwärmung und andere Umweltbedrohungen zu reagieren. Wir brauchen die Union, da ungezügelter Wettbewerb zwischen den nationalen Sicherungssystemen den sozialen Zusammenhalt in unseren Ländern in eine Abwärtsspirale geraten lässt. Wir brauchen die Union, weil Krankheiten keine Grenzen kennen. Wir brauchen die Union, um die kritische Masse für eine neue – grünere – Welle der Wertschöpfung zu finden und so auf die Massenarbeitslosigkeit in unseren Ländern zu reagieren.

Wir brauchen die Union, um eine gerechtere, fairere, stärker die Lebensqualität aller WeltbewohnerInnen achtende, stärker die Umwelt und die Diversität berücksichtigende Globalisierung zu fördern. Wir brauchen die Union, denn es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung – und nicht nur in der Verantwortung der Staaten, die derzeit die Außengrenzen der Union bilden – eine Antwort auf die Migration zu geben. Diese wenigen – aber wesentlichen – Beispiele stellen bereits ein schlagendes Argument für gemeinsames, integriertes Handeln auf europäischer Ebene dar.

Natürlich ist die Europäische Union weder an sich ein Ziel, noch ein Allheilmittel für alle Probleme Europas, und weniger noch für die Probleme der Welt: Einige von ihnen können auf einer niedrigeren Ebene bewältigt werden (lokal, regional, national), während andere einen wahrlich globalen Ansatz erfordern. Aber aus unserer Sicht kann niemand weder die Leistungen, noch die Bedeutung der Europäischen Union leugnen für die Bewältigung einiger der wichtigsten Themen, vor denen wir EuropäerInnen stehen.

Die Europäische Union befindet sich heute an einem kritischen Scheideweg. Der unerschütterliche Glaube ihrer Gründer scheint lange vergangen zu sein, während die Energie des visionären Elans, der auf die Wiedervereinigung des Kontinents nach dem Fall der Berliner Mauer folgte, sich langsam aufgezehrt hat. Die Union treibt vor sich hin und wird vom Wärter Kommission verwaltet; Vorschläge und Entscheidungen sind oftmals zu bürokratisch und beachten die sozialen und Umweltsorgen der Menschen nur unzureichend; an allzu vielen Orten ist die Unterstützung für die EU verfliegen. Die meisten Regierungen der Mitgliedstaaten fördern entweder eine Kultur des Wettbewerbs statt der Zusammenarbeit innerhalb der EU, oder nutzen sie als Sündenbock für unpopuläre Entscheidungen, die sie auf nationaler Ebene treffen wollen oder müssen.

Um die Union wieder flott zu machen, brauchen wir neuen Schwung. Dazu müssen jedoch drei Bedingungen erfüllt sein. Erstens müssen die SpitzenpolitikerInnen in ganz Europa sich radikal von der derzeitigen engen, politisch korrekten euroskeptischen Haltung abwenden und den Mehrwert -

eigentlich das unausweichliche Erfordernis – einer politischen Europäischen Union öffentlich anerkennen. Zweitens müssen sie anfangen, die Union auf eine effiziente und wirksame Bewältigung der größten Herausforderungen zuzusteuern, vor denen wir als EuropäerInnen und als ErdenbürgerInnen stehen und von denen wir einige der wichtigsten vorstehend genannt haben. Zuletzt benötigen wir alle sozialen Akteure – NROs, Gewerkschaften usw. – die sowohl durch diese Themen mobilisiert, als auch zu Recht besorgt sind über die anscheinende Unfähigkeit und den mangelnden Willen der heutigen SpitzenpolitikerInnen der Union, diese Themen anzugehen, um so Möglichkeiten auszuloten, gemeinsam den Druck aufzubauen und die vorstehend dargestellten Veränderungen herbeizuführen.

Wir als Europäische Grüne sind bereit, diese Herausforderung anzunehmen. Uns ist auch bewusst, dass wir dies nicht allein schaffen werden und dass uns nicht im Besitz aller Lösungen sind. Andere auf der politischen und sozialen Bühne haben eine Vision, Ideen und Energie, die sie zur Wirkung bringen können, und wir werden unsere Kräfte bündeln müssen, um einer erneuerten Europäischen Union Gestalt zu verleihen. Dieses Dokument ist unser Beitrag zu einer Debatte, die von fundamentaler Bedeutung ist und in der gesamten Union, aber auch bei jedem potenziellen Beitrittskandidaten stattfinden sollte, um die Europäische Union wieder ins Laufen zu bringen und so Europa eine sozial und umweltmäßig nachhaltige Zukunft zu geben.